

Weltkonferenz gegen Rassismus Durban/Südafrika, 31. August – 7. September 2001

Die 3. UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus, rassistische Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundene Intoleranz steht unmittelbar bevor. Im Vorfeld dieses Ereignisses berichten die Medien vor allem über strittige Punkte. Infolge der Ankündigung eines Boykotts durch die US-Regierung, falls der Nahostkonflikt und die Frage von Reparationen für Sklavenhandel und Kolonialismus zur Debatte gestellt würden, wird die Gefahr eines Scheiterns der Konferenz heraufbeschworen.

Dokumente der Vorbereitungskonferenzen

Nun sind die definitiven Dokumente der Vorbereitungskonferenzen auf Internet auf folgenden Websites abrufbar:

Generelle Information zu Vorbereitungskonferenzen:

I CARE Internet Centre Anti Racism Europe
www.icare.to

Regierungen/Staaten:

World Conference against Racism: Durban/South Africa (2001)
www.unhchr.ch/html/racism

Nichtregierungsorganisationen / NGO Forum:

www.racism.org.za

Von diesen Websites aus führen zahlreiche Links zu weiteren Hintergrundinformationen.

Schweizer Delegationen an der Weltkonferenz

Regierungsdelegation

Die vollständige Zusammensetzung der Regierungsdelegation, welche die Schweiz nach Durban entsendet, wird erst am 22. August 2001 bekanntgegeben. Als VertreterInnen von NGOs haben *Karolina Frischkopf* (Schweiz. Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände/SAJV) und *Monique Eckmann* Einsitz in der Regierungsdelegation.

Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR)

Mitglieder der EKR-Delegation sind *Doris Angst*, *Muriel Beck Kadima* und *Noël Tshibangu*.

Forum gegen Rassismus (FGR)

Peter Leuenberger und *Mutombo Kanyana* (Groupe de Réflexion et d'Action contre le Racisme anti-noir (GRAN)) nehmen sowohl am NGO-Forum (28.-31. August) als auch an Regierungskonferenz teil.

Weitere NGO-Vertreter

Hanspeter Bigler, Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Ron Halbright, National Coalition Building Institute (NCBI)

I N H A L T

- **Brief an Bundespräsident Moritz Leuenberger**
- **Einschätzungen zu den Vorbereitungskonferenzen in Genf**
- **NGO-Aktionsprogramm zur Frage von Reparationen**
- **Bericht zur Nationalen Tagung, 21. März, in Zürich**
- **Erste Tagung schwarzer Gemeinschaften in der Schweiz, 23. Juni, in Bern: Déclaration de Berne / Tagungs- und Presseberichte**

Welche Haltung vertritt die offizielle Schweiz?

Nachdem bekannt wurde, dass Bundespräsident Moritz Leuenberger entgegen früheren Absichtserklärungen nicht nach Durban reisen werde, hat sich das Forum gegen Rassismus in einem Brief an den Bundespräsidenten gewandt, um die Argumente darzulegen, welche die Teilnahme einer hochrangigen schweizerischen Regierungsdelegation als unverzichtbar erscheinen lassen:

- *Auch wenn Sie Ihren Beschluss lange vor jenem der US-Regierung gefasst haben, international wird das Fehlen eines Regierungsmitglieds in der schweizerischen Delegation als deutliche Unterstützung der Haltung der USA aufgenommen werden.*
- *Damit wird die Schweiz automatisch jenen Ländern zugerechnet werden, welche eine Auseinandersetzung mit Sklaverei, Kolonialismus und Apartheid verhindern und damit auch der Frage nach Reparationen dafür ausweichen wollen – und zwar unabhängig davon, was die Schweizer Delegation (ohne Regierungsmitglied) an der Konferenz konkret vertreten wird.*
- *Das Fehlen eines Regierungsmitglieds ist auch ein Zeichen dafür, dass die offizielle Schweiz nicht bereit ist, sich mit der eigenen Vergangenheit auseinander zu setzen.*

Auch wenn die Schweiz selber weder Kolonien besessen noch Sklavenhandel betrieben hat, so hat sie doch von der Kolonialpolitik der europäischen Mächte in vielfacher Weise profitiert. Und sie war eine der stärksten Stützen des Apartheidregimes in Südafrika, wobei bis heute nicht geklärt ist, wie eng die Verflechtung von gewissen Regierungsstellen war, wie die neuerlichen Vorwürfe gegenüber dem früheren Schweizer Geheimdienstchef anschaulich illustrieren. Die Schweiz hat mit der Ratifizierung der Antirassismuskonvention zudem bis nach dem Ende des Apartheidregimes zugewartet und dabei erst noch einen Vorbehalt zur «Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern zum schweizerischen Arbeitsmarkt» angebracht, womit sie bestätigt, dass ihre Einwanderungspolitik nicht über den Rassismusverdacht erhaben ist.

Will der Bundesrat im Ernst eine Stellungnahme dazu seinen BeamtInnen oder den VertreterInnen der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus überlassen?

Die Absenz eines Regierungsmitglieds ist ausserdem ein Affront gegenüber Regierung und Volk von Südafrika. Die Weltkonferenz wurde vor allem auch als Zeichen des Dankes und der Anerkennung nach Durban vergeben, dass der Übergang von der Apartheid zur Demokratie - gelungen ist.

Will da der Bundesrat wirklich durch Abwesenheit «glänzen»?

Das Fernbleiben eines Regierungsmitglieds kommt auch einer Desavouierung der Arbeit der BeamtInnen des EDA gleich, die sich mit grossem Engagement für das Gelingen der Weltkonferenz eingesetzt haben.

Schliesslich ist Ihre Nicht-Teilnahme auch innenpolitisch ein verhängnisvolles Signal: Die Bekämpfung des Rassismus ist eines Bundesrates nicht würdig, kann problemlos «nach unten» an BeamtInnen delegiert werden. Zugleich könnte die Schaffung des Fonds für Menschenrechts- und Antirassismusprojekte entwertet werden, wenn der Eindruck entsteht, der Bundesrat wolle sich mit der Bewilligung von Geldern von einer eigenen politischen Stellungnahme «frei kaufen».

Wie verhängnisvoll es sein kann, die eigene Vergangenheit verdrängen zu wollen, hat die Schweiz in den letzten Jahren in Bezug die Zeit des 2. Weltkrieges schmerzhaft erfahren müssen. Soll dies jetzt bezüglich Sklaverei, Kolonialismus und Apartheid wiederholt werden? Dabei geht es nicht nur um «Vergangenheitsbewältigung». Der Rassismus kann nur wirksam in seinen Ursachen bekämpft werden, wenn die Schweiz ihre Rolle als Profiteurin des Kolonialismus anerkennt, kritisch aufarbeitet und aktiv mitwirkt, den aus der Vergangenheit hervorgegangenen Rassismus zu überwinden. Auch in der Schweiz sind diesem besonders dunkelhäutige Menschen ausgesetzt.

Neben den Reparationen für Sklaverei und Kolonialismus ist auch die Forderung, Zionismus solle (wieder) mit Rassismus gleich gesetzt werden, Begründung für den Boykott der Weltkonferenz durch die US-Regierung. Auch dieser Punkt ist aus unserer Sicht ein Argument für die Teilnahme eines Mitglieds des Bundesrates. Wir halten es für wichtig, dass es eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt gibt. So unhaltbar die Gleichsetzung des Zionismus mit Rassismus ist, so inakzeptabel sind gewisse Praktiken der israelischen Regierung. Die Schweiz als Depositärstaat der Genfer Konventionen ist prädestiniert, eine klare Stellungnahme nach allen Seiten abzugeben. (..)

*Bern, 13. August 2001
gez. Forum gegen Rassismus*

Durban, worum es eigentlich geht

Anliegen, Positionen und Zusammenarbeit im Hinblick auf die UN-Konferenz

Von **Noël Tshibangu**, Beauftragter für die Koordination der CH-NGOs an der Weltkonferenz

Vom 31. August bis 7. September findet die UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban statt. Ihr sind verschiedene regionale Vorbereitungskonferenzen vorausgegangen wie die Europäische Konferenz im Oktober letzten Jahres in Strassburg. Nun geht es darum, die Resultate aus der Vorbereitungskonferenzen in verschiedenen Weltregionen zu bündeln für ein gemeinsames Handeln auf globaler Ebene. Die Auswertung der Strassburger Konferenz, insbesondere der Beitrag der Schweiz und der in diesem Bereich tätigen NGOs wurden in unserem Bulletin (3/2001) bereits zusammengefasst.

Die Vorbereitungsarbeiten auf Durban hin erweisen sich viel schwieriger als für die Strassburger Konferenz. Die Gründe dafür sind zahlreich und nicht immer eindeutig:

Die Arbeitsdokumente (draft documents) waren lange Zeit nicht zusammengestellt worden. Als diese nun erhältlich waren, erwiesen sie sich als äusserst kompliziert geschrieben. Von den meisten Staaten- und Organisationsvertretern/innen wurde ihre Unübersichtlichkeit bemängelt und kritisiert, dass eine einheitliche Struktur fehlte. Diese Dokumente bildeten keine systematische Zusammenfassung von Ergebnissen aus den Regionalkonferenzen; sie waren eher als blosse Ansammlung verschiedener Postulate und Absichtserklärungen zu bezeichnen.

Nebst den Organisationsproblemen bilden natürlich die inhaltlichen Differenzen zwischen den verschiedenen Staaten die Hauptschwierigkeiten. Aus diesen Gründen waren die geplanten zwei Vorbereitungstreffen in Genf (Prepcoms) nicht ausreichend. Vom 30. Juli bis 10. August 2001 findet bereits die vierte Prepcom statt. Ob mit dieser vierten Prepcom die verschiedenen und teilweise gegensätzlichen Positionen sich annähern können, bleibt fraglich.

Unter anderem überschattet der Konflikt im Nahen Osten diese Treffen. Forderungen der Palästinenser und die der Israelis lassen sich kaum vereinbaren.

Während NGOs und vor allem „Opferstaaten“ sich für die Anerkennung und die Übernahme von Verantwortung für historisches Unrecht engagieren (Themen Sklaverei, Sklavenhandel, Kolonialismus, Apartheid etc.), wollen beispielsweise die USA auf diese Fragen nicht eingehen. Eine NGO-Vertreterin belegte sie darum mit dem unrühmli-

chen Spitznamen „Vereinigte Staaten von Amnesie“.

Auch die Mobilisierung unter den NGOs hat im Vorbereitungsprozess dieser UNO-Konferenz in Durban etwas nachgelassen. Ihre Teilnahme an Vorbereitungssitzungen wurde trotz allen Bemühungen von einer Sitzung zur anderen immer kleiner. Die Vielzahl der Themen, die Komplexität des Vorbereitungsprozesses und der immer grösser werdende Zeitaufwand spielen vielleicht auch eine Rolle, zumal viele NGOs Kapazitätsprobleme haben.

Kapazitätsknappheit soll aber keine Entschuldigung sein, wenn NGOs sich nicht bloss auf die Rolle der „bellenden Hunde“ oder der „moralpredigenden Instanzen“ einschränken, sondern als Partnerinnen ernstgenommen werden möchten.

Es gilt, nach Durban die Umsetzung des Aktionsplans mitzugestalten und diesen Prozess zu unterstützen, zu begleiten und zu überwachen. Das Forum gegen Rassismus und die Konferenzgruppe werden zu einer Follow-up-Sitzung einladen.

Anliegen der UNO-Konferenz

Generell geht es bei der Erstellung eines Aktionsplans darum

- Gesetze zur Bekämpfung von rassistischen Handlungen auf nationaler und internationaler Ebene zu schaffen oder um bestehende zu vervollständigen,
- die Cyberkriminalität zu bekämpfen,
- den politischen Extremismus zu bekämpfen,
- den Antisemitismus, die Islamophobie, die Negrophobie und andere Formen von Rassismus zu bekämpfen,
- den Opfern einen Zugang zur Justiz zu ermöglichen und spezialisierte Organe für den Opferschutz zu schaffen,
- den Schutz von Minderheiten und gefährdeten Gruppen zu sichern,
- die Einhaltung der Menschenrechte auf nationaler und internationaler Ebene zu begleiten,
- und um die Reparation und Entschädigung für das Unrecht des Kolonialismus, der Sklaverei, des Sklavenhandels und der Apartheid zu unterstützen.

Positionen

Die Europäische Union, zusammen mit 12 weiteren Ländern aus Osteuropas inklusive Malta und der Türkei, vertreten durch den Botschafter Schwedens, gaben anlässlich der Prepcom vom 7.

– 11. Mai 2001 eine Erklärung zu den Fragen der Entschädigung und der Reparation wegen Kolonialismus, Sklaverei, Sklavenhandel und Apartheid ab. Sie betonten, dass sie lieber vorwärts als rückwärts schauen möchten und dass sie sich vor allem mit aktuellen Formen von Rassismus befassen wollen, welche die jetzige und zukünftige Generationen betreffen. Sie betrachten diese Übel nur als historische Aspekte, über die wohl diskutiert werden kann und aus denen Lehren zu ziehen sind. Die Geschichte könne und solle jedoch anlässlich der UNO-Konferenz nicht neu geschrieben werden.

Offenbar ist die erste Lektion noch nicht gezogen worden: Das Leiden der Opfer wird nicht ernst genommen. Die Auswirkungen dieser Ausbeutungssysteme in den heutigen Abhängigkeitsstrukturen werden einfach übersehen. Die aus der Geschichte hergehende vermeintliche Minderwertigkeit der Schwarzen hält an, an die Millionen von Toten denkt niemand.

Mit Klarheit wurde zumindest an einem Punkt gesprochen, es gibt nur einen Holocaust. Diese Bezeichnung wurde für eine einzige spezifischen Tragödie reserviert, nämlich der europäischen. Dies soll für die EU und die anderen 12 assoziierten Staaten keine Abwertung der Leiden anderer Opfer bedeuten.

Aus der Sicht der NGOs verhält sich die Schweiz in der Frage der Kompensation und Reparation wegen Kolonialismus, Sklaverei, Sklavenhandel und Apartheid zu vorsichtig und zu zurückhaltend. Die Schweiz „legt Wert auf den legitimen Anspruch von Diskriminierungsopfern, Entschädigungen und Wiedergutmachungen zu verlangen und versucht die internationale Gemeinschaft dafür zu sensibilisieren“. So viel war aus der Rede von Botschafter Maurer (EDA) an der nationalen Konferenz gegen Rassismus zu entnehmen. Frau Kaufmann, Generalsekretärin des Departements des Innern ging in ihrer Rede etwas weiter: Sie be-/verurteilte klar den Kolonialismus, die Sklaverei und den Sklavenhandel als rassistisch. Von den Vertreter/innen der Schwarzen wurde die ausgedrückte Klarheit mit Befriedigung wahrgenommen.

Die Schweiz könnte und sollte aufgrund ihrer nicht direkten Beteiligung an diesem Unrecht, eine treibende Rolle übernehmen, um andere europäischen und amerikanischen Länder dazu zu bewegen, mit der Aufarbeitung ihrer Geschichte zu beginnen.

Als positiv zu erwähnen ist die äusserst kooperative und vor allem konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem EDA (Regierungsdelegation an den Konferenzen), der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus und den NGOs während dem ganzen Vorbereitungsprozess. Im weiteren sind die Absichten und Bestrebungen der Schweiz für strafrechtliche Verfolgung rassistischer Handlungen auf nationaler wie auch in der internationalen Zusammenarbeit, auch im Internet, sehr zu begrüssen.

Mary Robinson

International Herald Tribune, 9.8.2001

Heal Old Wounds

Much of the attention given to the intensive negotiations here in preparation for the World Conference Against Racism has focused on the impact of the Middle East conflict. But this should not deflect us from the core question. Why is it vital to achieve a breakthrough at the conference? Racism, ethnic conflict, xenophobia and intolerance are pressing problems throughout the world. We need practical strategies to combat these scourges. But there is a more profound reason. At the conference, scheduled to begin Aug. 31 in Durban, South Africa, we have to find the beginnings of a conversation that will let us talk about the extraordinary pain we have inflicted on one another on this planet. In his path-breaking novel "The Invisible Man" the African-American writer Ralph Ellison wrote "I am invisible, understood, simply because people refuse to see me." His powerful suggestion of willful exclusion - of the decision we can all make to demote the humanity of other human beings - should be in our minds at Durban. Unless we can find a way to talk about the ragged edges of human hatred, unless we find a dialogue where the deep hurt of individuals, peoples and cultures at their invisibility and exclusion can find expression, then we will return to a silence that is itself damaging. One of the reasons the United Nations Women's Conference in Beijing in 1995 was so successful was that women could feel that their rights were not sectional or factional, but were human rights in the broadest sense. In the same way, if this conference can reassure those who have been injured and made invisible that their rights are central to all human rights, then we will have started on that conversation we all need to have. We cannot avoid beginning with the past. I have become increasingly aware of the extent of deep hurt felt in many parts of the world at the lack of recognition of the impact of mass slavery and also of the exploitation of colonialism. There is a sense that the deaths and sufferings that resulted from slavery have never been adequately marked, much less mourned. There is a sense, too, of lost generations and lost opportunities that have stunted the development of poorer countries, particularly in Africa. It can be hard to shape a new future if old wounds are still hurting. Language adopted by the global community that solemnly recognizes the hurts and exploitations of the past at the beginning of this new century could help to heal these wounds. It could also harness new energies in a revitalized campaign against racism, discrimination and intolerance. Solemn language would need to be underpinned by a commitment to solidarity in practical terms through a program of support. The tasks facing us are daunting. As Secretary-General Kofi Annan has warned, "The months leading up to the

conference have opened up deep fissures on a number of sensitive issues, such as the legacy of slavery and colonialism, and the situation in the Middle East. If this conference is to succeed, there is an acute need for common ground." This will be the first global anti-racism conference of the post-apartheid era. It has a very broad remit. It will address every manifestation of racism and discrimination in the modern world. It will confront traditional forms of racism and the plight of groups at particular risk: indigenous peoples, ethnic, religious and cultural minorities. There will be particular emphasis on the root causes of racism and discrimination and the linkages, for example, with extreme poverty. So how do we start that deeper conversation? During the recent Commission on Human Rights in Geneva, Archbishop Desmond Tutu showed us the way: "We are all of equal worth, born equal in dignity and born free and for this reason deserving of respect whatever our external circumstances. We belong in a world whose very structure, whose essence, is diversity almost bewildering in extent and it is to live in a fool's paradise to ignore this basic fact." Archbishop Tutu's words sum up the goal of the Durban conference: a world where racism, intolerance and discrimination are spurned and differences and diversity are celebrated.

The writer, UN High Commissioner for Human Rights and secretary-general of the World Conference Against Racism, contributed this comment to the International Herald Tribune.

NGOs zur Frage von Reparationen

Parallel zu den an der 3. Vorbereitungskonferenz in Genf (30.7.-10.8.2001) debattierten Entwürfen der Abschlusserklärung und des Aktionsprogramms der Weltkonferenz haben die Nichtregierungsorganisationen eigene Dokumente vorgelegt. Aus dem Aktionsprogramm entnehmen wir einen Auszug zur Frage von Reparationen, welche eine Zusammenfassung der heute existierender Konzepte darstellt.

E) REPARATIONS

Forum believes that together with a legal framework and policies aimed at preventing and eliminating racism and various forms of discrimination, the first step in creating a just society should be a global acknowledgement of the past, accompanied by various redress mechanisms to repair past injustices. Forum further believes that reparations are the most important means of achieving redress in fact. Reparations are a question of justice, human rights and the restoration of lost human dignity.

In the multi-year preparatory process for the Third World Conference Against Racism, there were official gatherings of civil society representatives in each of the four United Nations designated re-

gions. There were also officially convened expert seminars that focused on the issues of redress either in total, or as part of deliberations on a related subject. And finally, there were ad hoc gatherings of civil society who professed a sincere interest in the deliberations of this Forum. Approved minutes, memorandum, submissions and other documentation have all contributed to the intense dialogue on reparations which has been on the agenda in some areas for the last three hundred years, and on others for the last three years. While it is not possible to reproduce all of this documentation at this time, it can be stated in summary that significant groups of people throughout the global community are in agreement in:

- 1) Affirming the existence of universal human rights;*
- 2) Acknowledging the role of the state and institutions as well as individuals in violating those rights;*
- 3) Acknowledging the need to have all relevant international treaties, protocols and declaration immediately ratified by all United Nation member states;*
- 4) Affirming the need to strengthen existing national, regional and international organisations, especially United Nations organs;*
- 5) Affirming the need for compensatory mechanisms such as restitution, rehabilitation, monetary awards, satisfaction and guarantees of non-repetition;*
- 6) Affirming the necessity of developing creative interventions to address remedial actions, and*
- 7) Acknowledging the need to provide for these interventions at the national, regional and international levels.*

(..)

TYPES OF REPARATIONS

In addressing the area of remedies, it is important to acknowledge that central to the debate is the right to know, the right to remember, acknowledgement of the violations and the right to effective reparations. Reparations is therefore a broad term that is inclusive of the following specific types of relief:

1. Restitution

Restitution seeks to restore the person to the position that would have existed prior to the wrongdoing by returning the exact thing taken, and is generally limited to property claims, unlawful detention of employment or place of residence, or arbitrary detention. Restitution in kind, namely the establishment of the situation that existed before the wrongful act was committed, is the primary remedy provided that restitution is materially possible.

2. Monetary Compensation

Through the provision of money, monetary compensation seeks to make the claimant as well off as they would have been if the injury had not occurred. To the extent that damage is not made good by restitution in kind, compensation can be awarded for "any economically assessable damages sustained." Calculation of damages can be based on pecuniary losses, non-pecuniary damage, such as physical pain and suffering, and costs and expenses.

3. Rehabilitation

Seeks to restore the claimant through medical, psychological, legal and social services. These may apply to an individual or for a select geographical or otherwise designated community

4. Satisfaction and guarantees of non-repetition

Public acknowledgement of mutually agreed facts and acceptance of responsibility generally constitute the concept of satisfaction. Specific measures may take the form of an apology, nominal damages, or damages reflecting the gravity of the infringement. "Moral damages" is an accepted international concept that refers in particular to emotional injury, mental suffering, injury to reputation, and similar damages suffered by the claimants.

Finally, allowance has been made for assurances or guarantees of non-repetition of the wrongful act, which could include measures to acknowledge these violations and to prevent their recurrence in the future. This is most often in the form of specific legislation.

- Inter-State Reparations

In international law the concept of reparations concerns the responsibility of States to make whole another State in respect of internationally wrongful acts, sometimes involving harm or damage to the person or property of foreign nationals.

In the doctrine of State responsibility, "reparation describes all those remedies which would as far as possible, wipe out all the consequences of the illegal act and re-establish the situation which would, in all probability, have existed if that act had not been committed." International law on State responsibility also provides that reparations to which an injured State which has committed an internationally wrongful act make take any of the four basic forms: restitution in kind, compensation, satisfaction and assurances and guarantees of non-repetition, either singly or in combination.

(..)

- Intra-State Reparations

This form varies in the scope, content and form of the reparation, and differs from country to country, depending on the varied circumstances. In the contemporary world, Intra-State reparations may take the form of truth commissions, such as those of Argentina, Chile, Uganda and South Africa; spe-

cific grants of monetary compensation and an apology such as for the Japanese-Americans; specific grants of land such as to the Inuit Nation in Canada and First Nation peoples in the United States, and the adjustment of state policies such as with the Maoris of New Zealand in relation to environmental management and town planning. Reparation at the domestic level can also used as a victim-centered balance against the granting of amnesty to perpetrators.

Usually the reparation component forms part of a domestic redress mechanism that utilises other strategies such as legislative and policy reforms, education, and formal acknowledgement and apologies for past injustices. Intra-State reparations require the enactment of founding and empowering legislation that clearly defines the parameters of its functions. Factors such as acts that constitute grounds for reparations, exclusionary grounds, and the time-period to be addressed are also defined.

(..)

Nationale Konferenz gegen Rassismus, 21. März 2001

Wo steht die Schweiz im Kampf gegen Rassismus?

Unter dem Motto ALLE ANDERS – ALLE GLEICH fand am 21. März, dem Internationalen Tag gegen Rassismus, die Nationale Konferenz der Schweiz gegen Rassismus an der ETH in Zürich statt. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus und das Forum gegen Rassismus, in welchen der SEK [Schweiz. Evangelischer Kirchenbund] ebenfalls vertreten ist, organisierten gemeinsam diese Standortbestimmung zwischen der Europäischen Vorkonferenz (Oktober 2000) und der UNO-Weltkonferenz gegen Rassismus (September 2001).

Für den Bund skizzierten Dr. Claudia Kaufmann, Generalsekretärin des EDI, und Botschafter Peter Maurer, EDA, Leitlinien einer Innen- und Aussenpolitik gegen Rassismus. Klar kam dabei zum Ausdruck, dass nur Massnahmen, die alle Politikbereiche erreichten – das sog. *mainstreaming* - eine nachhaltige Wirkung erzielen könnten. Maurer betonte dabei, dass auch die wirtschaftliche Globalisierung eine normative Harmonisierung einer immer komplexeren Welt erfordere.

Isil Gachet, Generalsekretärin der Europarats-Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, erläuterte die Ergebnisse der Europäischen Vorkonferenz in Strassburg. Als positiv wertete sie, dass Betroffene und Nichtregierungsorganisationen seit Beginn der Vorbereitungen der Europäischen Vorkonferenz aktiv in den Prozess einge-

bunden waren (z.B. bei der Erarbeitung der Dokumente). Der Ministerrat arbeitet nun Empfehlungen an die europäischen Staaten aus, z.B. allgemeine Antidiskriminierungsgesetzgebungen einzuführen und gegen Hassparolen und rassistische Internetauftritte vorzugehen.

Unter Leitung von EKR-Mitglied *Rolf Probala* diskutierten *Monique Eckmann*, Dozentin IES Genf/Intermigra; *Karl Grünberg*, Association romande contre le racisme; *Thomas Kessler*, Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen Basel-Stadt; *Peter Studer*, Präsident des Schweizer Presserats; *Noël Tshibangu*, Groupe d'action et de réflexion sur le racisme anti-noir, und *Regula Wyrsch*, Leiterin des Sozialamts Nidwalden, Fragen der konkreten Umsetzung. Am Nachmittag befassten sich die Teilnehmenden aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Nichtregierungsorganisationen vertieft mit den Themen Rechtlicher Schutz, Politik und Praxis, Bildung und Sensibilisierung, Medien/Internet/Kultur, Opferberatung und Entschädigung sowie mit der Rolle der NGOs und der zivilen Gesellschaft.

Die Konferenz endete mit einem Ausblick auf die Anliegen, welche die Schweiz an die Weltkonferenz gegen Rassismus, die Anfang September 2001 in Durban/Südafrika stattfinden wird, einbringen möchte. Dort wird sich die Diskussion noch erweitern: Schwarze aus den USA und Europa fordern eine Verurteilung von Kolonialismus und Sklaverei als Ausfluss einer rassistischen Gesinnung und eine Genugtuung für die Folgen, die bis heute zu spüren sind. Diese Forderungen haben die Staatengemeinschaft leider wieder einmal in Nord- und Südblöcke zersplittert. Doch haben sie auch dazu geführt, dass sich Europa ernsthaft überlegen muss, wie es mit diesem Teil seiner Geschichte umgehen soll.

Der Blick der Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGO's) bleibt auch in unserem Lande kritisch. Zu oft manifestiert sich ein spezifischer Rassismus gegenüber schwarzen Menschen, sehen Fahrende ihre Lebensweise diskreditiert, wird den Opfern von rassistischer Ausgrenzung zu wenig effiziente Hilfe angeboten, werden antisemitische Anspielungen auch in renommierten Blättern publiziert. Die Schweiz muss sich überlegen, wo sie im Kampf gegen Rassismus in seinen unterschiedlichen Ausprägungen heute steht.

Muriel Beck Kadima

SEK Bulletin, April 01

Petition an den Bundesrat

Im Blick an die Weltkonferenz gegen Rassismus richtet ACOR-SOS RACISME ein Petition an den Bundesrat mit folgendem Wortlaut:

2001 conférence mondiale contre le racisme: la Suisse doit s'engager à ne plus commettre d'acte de discrimination raciale!

Considérant

que la Suisse a ratifié le 29 novembre 1994 la Convention internationale de l'ONU sur l'élimination de toutes les formes de discrimination raciale;

que le Conseil fédéral a mis une réserve à son application. Il ne pouvait pas prendre l'engagement de ne pas commettre d'acte de discrimination raciale;

que cette réserve est liée au «droit des étrangers», soit la Loi de 1931 sur le séjour et l'établissement des étrangers (LSEE), actuellement en vigueur, soit le projet de Loi sur les étrangers (LEtr) mis en consultation par le Conseil fédéral en juillet 2000;

que ce projet, qualifié de discriminatoire dans son esprit et d'opportuniste dans ses buts, par le gouvernement genevois, est contraire au principe de l'égalité des droits et au respect de la dignité humaine;

que la participation de la Suisse à la Conférence mondiale de 2001 contre le racisme et la xénophobie serait totalement hypocrite dès lors qu'elle maintient un «régime d'apartheid» en matière de «droit des étrangers». Elle serait d'autant plus choquante que cette conférence a lieu en Afrique du Sud, pays qui a aboli l'apartheid!

les soussigné-e-s

- demandent aux Chambres fédérales de refuser toute entrée en matière sur un projet de législation raciste et discriminatoire, contraire à la Convention internationale de l'ONU sur l'élimination de la discrimination raciale;

- demandent au conseil fédéral de prendre l'engagement, devant la Conférence mondiale 2001 contre le racisme et la xénophobie, de retirer la réserve mise par la Suisse à l'application de la Convention susmentionnée.

Die Schwarzen in der Schweiz treten aus dem Schatten

Letztes Jahr haben Skinheads Schwarze in St. Gallen angegriffen. Schwarze sind sehr häufig lediglich wegen ihrer Hautfarbe rassistischen Übergriffen ausgesetzt: sie sind die sichtbarsten Zielscheiben rassistischer Diskriminierungen, über die in den Medien wenig berichtet wird.

Aus diesem Grund hat sich im April 2000 die «Groupe de réflexion et d'action contre le racisme anti-Noir (GRAN)» (Reflexions und Aktionsgruppe gegen anti-schwarzen Rassismus) des Forum gegen Rassismus (FGR) gebildet. Sie organisierte am 23. Juni gemeinsam mit der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) ein Treffen von in der Schweiz lebenden Schwarzen.

Ziel dieser Tagung war es, die Teilnehmenden anzuregen,

- zum Austausch ihrer Erfahrungen und gemeinsamen Nachdenken über den anti-schwarzen Rassismus;
- konkrete Forderungen an die Adresse von Behörden und gesellschaftlichen Akteuren zu formulieren
- einen Beitrag zur Weltkonferenz gegen Rassismus auszuarbeiten, welche vom 31. August bis am 7. September 2001 in Südafrika stattfindet.

Die Gemeinschaften von Schwarzen verschiedenster Herkunft sollten sich zum Thema Rassismus treffen, Opfer, AktivistInnen, ForscherInnen, und alle andern – auch nicht-schwarzen – Personen, die am Thema Interesse fanden.

Einer der Tagungshöhepunkte waren die Resultate der ersten in der Schweiz zur Frage des Rassismus gegen Schwarze durchgeführten Umfrage. GRAN hatte dazu im Mai und Juni 2001 etwa 100 Personen befragt. Dabei kam zum Beispiel heraus, dass die wenigsten Diskriminierungserfahrungen vom Strafrechtsartikel 261bis des Strafgesetzbuches erfasst werden. Die Schmerzen solcher Verletzungserfahrungen sitzen tief. Es besteht aber höchst selten ein Straftatbestand. Weiter brachte die Umfrage zum Ausdruck, dass den bestehenden Antirassismusorganisationen und Anlaufstellen mit Misstrauen begegnet wird, derweil mehr solche Stellen gefordert werden, welche jedoch von eigenen Leuten, d.h. von Schwarzen geführt werden sollten.

Die über hundert Tagungsteilnehmenden haben in den Workshops die Sorgen und Vorschläge, welche die Umfrage zu Tage förderte, bestätigt. Die Workshopthemen waren anti-schwarzer Rassismus in öffentlichen Diensten und Verwaltung, Schule, Arbeit, Medien, Frauen und anti-schwarzer Rassismus sowie politische und repressive Massnahmen gegen anti-schwarzen Rassismus.

Als konkrete Massnahme wurde Mediation anstatt von Repression vorgeschlagen, vor allem in bezug auf Rassismus am Arbeitsplatz, in den Schulen oder durch öffentliche Dienste. Sicher wurde damit der Wunsch, den sozialen Frieden zu wahren, zum Ausdruck gebracht. Weiter wurde aber auch die Notwendigkeit betont, eigene Organisationen zu schaffen, um den rassistischen Bildern und Informationen über Schwarze zu begegnen, eigenes Lobbying zu betreiben und eventuell gar nach dem Modell des Gleichstellungsgesetzes von Mann und Frau ein Gesetz für Rassismusopfer zu entwerfen.

Die Tagung endete mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung (s. nachfolgend auf französisch, Übersetzung noch nicht vorhanden).

Am 11. August wird eine Folgetagung stattfinden, an welcher ein konkreter Aktionsplan und die weiteren Schritte diskutiert werden, auch im Blick auf die Verselbständigung der GRAN.

SEK Bulletin, April 01

Muriel Beck Kadima, Mitglied der EKR, Präsidentin des FGR

Les Noirs de Suisse sortent de l'ombre

L'année dernière à St. Gall des bandes de Skinheads se sont livrés à une véritable ratonnade contre des Noirs. D'autres faits racistes, moins spectaculaires et moins médiatisés, continuent à blesser les Noirs dans leur dignité. Malgré leurs origines diverses, ces femmes et ces hommes ont en commun la couleur de leur peau et, à ce titre, ils sont les cibles les plus visibles du racisme.

Tenant compte de ce contexte, le Groupe de réflexion et d'action contre le racisme anti-Noir (GRAN), créée en avril 2000 au sein du Forum suisse contre le Racisme (FCR), dans le cadre de la préparation de la Conférence mondiale de l'ONU sur le Racisme, la discrimination raciale, la xénophobie et l'intolérance qui y est associée, qui se déroulera du 28 août au 7 septembre à Durban (Afrique du Sud), a pris l'initiative de réunir le samedi 23 juin, à Bern, plusieurs membres des diverses communautés noires de Suisse, ainsi que des spécialistes et d'autres personnes intéressées aux premières «Assises des Communautés noires de Suisse contre le racisme».

Ces Assises organisées en partenariat avec la Commission Fédérale contre le Racisme (CFR) avaient pour objectifs d'amener les participants à :

- échanger leurs expériences et engager une réflexion commune sur le racisme anti-noir;
- formuler des recommandations concrètes à l'adresse des autorités et acteurs sociaux;

- définir une contribution pour la Conférence mondiale sur le racisme.

L'ambition était de mobiliser contre le racisme les communautés noires de Suisse dans leur diversité. Mais les Assises ont également été un espace où se sont côtoyés victimes, militants, chercheurs et plusieurs personnes noires et non-noires intéressées par la lutte contre le racisme anti-Noir:

Un des moments forts de cette journée a sans aucun doute été la communication sur les résultats de la première enquête jamais réalisée en Suisse sur le racisme anti-noir. Effectuée par le GRAN durant les mois de mai et juin, sur un échantillon d'une centaine de personnes de diverses origines africaines, cette enquête a révélé quelques aspects intéressants. Notamment, la méfiance quasi-générale des Noirs envers les structures anti-racistes du pays et la nécessité qu'ils ressentent pour que de telles structures soient animées et issues de leurs propres communautés. Il résulte également de l'enquête que la majorité des discriminations ressenties ne tombent pas sous le coup de l'article 261 bis du Code pénal et n'ont pas une nature à justifier son application.

Les ateliers tenus lors des Assises ont traduit plusieurs préoccupations et propositions exprimées dans l'enquête. Ces ateliers se sont regroupés autour des thèmes suivants «Ecole et racisme anti-noir», «Travail et racisme anti-noir», «Médias et racisme anti-noir», «Femmes noires et racisme», «Administration, services publics et racisme anti-noir», «Mesures politiques et répression contre le racisme anti-noir». Parmi les mesures concrètes proposées, la préférence accordée à la médiation plutôt qu'à la sanction a été souvent soulignée, notamment en ce qui concerne les actes racistes sur les lieux de travail, à l'école ou dans les services publics. Le désir ici était de préserver l'harmonie sociale. En outre, un accent a été mis sur la création de groupe de pression ou de lobbies, notamment en vue de combattre les images et les informations racistes dans les médias, autant que sur la mise en place d'organes de lutte par les Noirs eux-mêmes ou sur la constitution d'un groupe de travail pour élaborer, sur le modèle de la législation en faveur des femmes, des dispositions juridiques en faveur des victimes du racisme.

La journée s'est terminée par l'adoption d'une «Déclaration de Berne sur le racisme anti-noir» (voir ci-après).

Une assemblée générale a été convoquée le samedi 11 août à Berne afin de définir le suivi à assurer formellement aux assises (programme d'action, structure future d'un organe indépendant propre aux communautés noires, journée d'expert(e)s le 21 mars 2002 organisée par la CFR).

Muriel Beck Kadima, membre de la CFR, présidente du FCR

Dieser Tag, diese Tagung sind sehr wichtig für uns!

Dies war übersetzt ungefähr ein Kommentar einer schwarzen Teilnehmerin der ersten Tagung der schwarzen Gemeinschaften in der Geschichte der Schweiz. Dank den Organisatoren, der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus und dem Forum gegen Rassismus ist diese Tagung überhaupt möglich geworden.

Warum diese Tagung im Leben der Schwarzen Gemeinschaften so wichtig ist, gibt es zahlreiche gute Gründe dafür.

Wir wurden von einer Kommission des Bundes wahrgenommen. Diese Tatsache brachte Frau Boël Sambuc, Vize-Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR), mit ihrem einleitenden Referat zum Ausdruck. Wir empfinden dies als Anerkennung, dass wir von nun an existieren, als Gemeinschaft(en), als Teil der schweizerischen Gesellschaft. Wir können anfangen zu sprechen. Diesmal ging es hauptsächlich um einen Austausch unserer Erfahrungen aus dem Leben als Schwarze in der Schweiz. Ein Austausch über teilweise traumatisierende Erfahrungen mit Vorurteilen, Rassismus und Diskriminierungen. Wir haben vor allem auch über unseren Platz in dieser Gesellschaft nachgedacht. Wir verlangen keine Toleranz, sondern Akzeptanz, denn wir sind auch Teil dieser Gesellschaft und tragen einiges dazu bei. Wir möchten von der Mehrheit der Bevölkerung ernst genommen werden.

Frau Prof. Cinthia Meier-Mesquita hat in ihrem wohlthuenden und stark applaudierten Referat von Rassismus gegen Schwarze als Normalzustand für die Mehrheit der Menschen in der Schweiz gesprochen. Für sie sind Vorurteile über Schwarze durch den Sprachgebrauch, Kindergeschichten und -bücher, Gesellschafts- und Sozialisationsspiele stark verankert. Die derart geprägten Vorstellungen begünstigen rassistische Handlungsweisen gegen Schwarze. Dagegen zu kämpfen, heisst auch einen wesentlichen Teil von sich selbst, gegen tragende Säule des eigenen Welt- und Menschenbildes in Frage zu stellen.

Diese Aussagen rufen auch Skepsis hervor, die ich aus dem Gesicht einer meiner Bekannten las. Ans Rednerpult berichteten mehrere Opfer von persönlichen Erfahrungen mit Rassismus im Alltag. Einige Tage danach traf ich die gleiche Bekannte, die sichtlich gerührt, zu mir sagte: „Es wäre noch besser, wenn an solche Tagungen vermehrt Weisse eingeladen würden. Mir war es bisher nicht bewusst, dass solche Sachen wirklich passieren. Meistens hielt ich ähnliche Berichterstattungen in den Medien für Übertreibungen von Journalisten.“ Die Aussage dieser jungen Frau zeigt exemplarisch wie wichtig direkte Kontakte und der Austausch sind, wie sinnvoll es ist, dass Opfer vermehrt zu Sprache kommen, um die gesamte Bevölkerung für die Ernsthaftigkeit des Themas zu sensibilisieren, indem sie über das Leiden der

Opfer in Kenntnis gesetzt werden. Für die Opfer wirkt das Sprechen und das Gehörtwerden befreiend. Opfer von Negrophobie werden in ihrem Leiden nicht mehr ganz allein auf sich gestellt sein. Sie sollen Kraft und Unterstützung von anderen Betroffenen bekommen.

Und jetzt?

Dem 23. Juni 2001 werden weitere Schritte folgen. Die Erklärung von Bern über den Rassismus gegen Schwarze. Die Gruppe GRAN wird sich wahrscheinlich eigenständig konstituieren, aber auch Mitglied des Forum gegen Rassismus bleiben. Sie soll ein „Haus“ für Betroffene und ein „Wachhund“ für Anliegen aller Schwarzen sein. Gemeinsam handeln bedingt und bedeutet aber auch, Verbündete zu haben. Ein erstes Ziel ist es, Kooperation und Freundschaft mit anderen Opfergruppen, mit verwandten Organisationen und auch mit staatlichen Institutionen zu suchen. GRAN soll und wird keine Konkurrenz anstreben, sondern eine Basis für Verständnis und Verständigung mit allen Partnerorganisationen im Kampf gegen Rassismus herstellen. Einige Problem- und Diskussionspunkte sind uns bekannt. Im besonderen werden wir uns dafür engagieren, um Missverständnisse zwischen GRAN und einigen jüdischen Organisationen zum Gebrauch des Begriffs „Holocaust“ zur Bezeichnung von den zwei Vernichtungstragödien durch den Kolonialismus, die Sklaverei und den Sklavenhandel aus dem Weg räumen. Dieser Weg bedingt aber Bereitschaft zum offenen Dialog von allen Seiten.

Am 11.08.01 findet wieder in der Französischen Kirche ein Follow-up-Treffen statt. Diese Auswertung wird letztlich richtungsweisend sein.

Noël Tshibangu

GRAN, Forum gegen Rassismus

Zur Tagung zum Rassismus gegen Schwarze vom 23. Juni 2001

Der grosse Saal der Eglise française in Bern war voll, die Redebeiträge spannend und differenziert, die Diskussionen in den Arbeitsgruppen sehr fruchtbar, und die Plenumsdiskussion verlief angeregt. Am Schluss der achtstündigen Tagung zeigten sich die TeilnehmerInnen hochmotiviert, weiterhin gemeinsam zu arbeiten.

Arbeitsgruppe Arbeit und Rassismus gegen Schwarze

Hatten an der Morgenveranstaltung bereits mehrere ZeugInnen über erfahrenen Rassismus berichtet, fuhren die TeilnehmerInnen der Arbeitsgruppe Arbeit und Rassismus fort über Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt zu berichten. So berichtete ein Computerfachmann, der sich bei der PTT um eine Stelle beworben hatte, dass er wegen „Überqualifikation“ aus dem Rennen fiel. Da er wegen seiner

Hautfarbe bei allen Bewerbungsgesprächen ausgeschlossen wurde, gründete er sein eigenes Webmaster-Unternehmen. Über den Internet-Kontakt mit seiner Kundschaft kann er die Ausgrenzung aufgrund der „Face-to-Face“-Kommunikation umgehen. Sein Geschäft hat sich auf dem elektronischen Weg sehr erfolgreich entwickelt. Dennoch ist es nicht annehmbar, dass beste Qualifikationen angesichts der Hautfarbe nicht zum Zuge kommen können. Ähnliches erlebte der vielsprachige und hochqualifizierte Herr J.. Eine Firma versprach ihm eine seinen Qualifikationen angemessene Arbeit. Als er aber zum Gespräch empfangen wurde, vertröstete man ihn auf eine baldige Antwort. Sie traf nicht ein. Selbst Personen schwarzer Hautfarbe, so Frau S., die ein Universitätsstudium in der Schweiz abgeschlossen haben, erfahren bei ihren Bewerbungen Absage um Absage. Herr Y., Chemiker mit Universitätsabschluss, musste schliesslich eine Stelle als Hilfsarbeiter annehmen. Dabei sind die Stellenbewerbungen nicht die ersten Hürden auf dem Arbeitsmarkt: Zuvor müssen noch unzählige Barrieren bei der Bewilligungsbehörde überwunden werden.

Die Arbeitsgruppe sprach sich für folgende Forderungen aus:

- die Schweiz soll, den Empfehlungen des CERD (Concluding observations vom März 1998) folgend, Gesetze gegen „Rassendiskriminierung auch im „privaten“ Sektor (u.a. im Arbeitsbereich) erlassen. Analog dem Gleichstellungsgesetz für Frauen soll ein Gleichstellungsgesetz erarbeitet werden, das rassistisch diskriminierten ArbeitnehmerInnen ein Rechtsmittel in die Hand gibt, um sich zu wehren. Die Beweislast soll ebenfalls bei den ArbeitgeberInnen liegen, denn meistens wird der eigentliche Diskriminierungsgrund nicht ausgesprochen.
- Es sollen innerbetrieblich Vermittlungsstellen geschaffen werden.
- Zu schaffende nationale sowie lokale Ombudsstellen sollen bei rassistischer Diskriminierung kompetent vermitteln und intervenieren können.

Anni Lanz

Solidarité sans frontière / Forum contre le racisme

FORUM CONTRE LE RACISME

Groupe de Réflexion et d'Action contre le Racisme Anti-Noir (GRAN)

Assises des Communautés noires de Suisse contre le Racisme

Berne, 23 juin 2001

Déclaration de Berne sur le Racisme anti-Noir

Preamble

Les membres des Communautés noires de Suisse, malgré leur diversité, partagent la même origine et la même identité culturelle africaines. Ils partagent notamment un passé historique commun marqué par deux Holocaustes majeurs largement occultés ou refoulés, quand ils ne sont pas minimisés, à savoir la traite et l'esclavage des Noirs ainsi que la colonisation de l'Afrique, aux conséquences désastreuses et mutilantes pour les Africains. Ce double Holocauste oublié, à l'origine du racisme moderne anti-Noir, est une longue page de l'histoire de l'Humanité sur laquelle un éclairage et un accent pointus doivent être apportés.

La traite négrière, d'abord, a entraîné pour l'Afrique noire la perte de plusieurs centaines de millions d'habitants, femmes, hommes et enfants déportés ou décimés par les razzias et les conditions inhumaines de la traversée des mers (Océan Atlantique et Océan Indien) ou du désert (le Sahara), le développement sans précédent des famines, des maladies endogènes et exogènes, ainsi que la multiplication des conflits internes qui transforment déjà le continent à cette époque en un permanent champ de guerres. Le processus de paupérisation, de déstabilisation, de violations systématiques de droits de l'Homme et de mondialisation forcée a été ainsi amorcé à partir de cette période. Des vestiges de la traite négrière transsaharienne subsistent encore aujourd'hui, notamment en Mauritanie et au Soudan.

La traite négrière et l'esclavage, qui en a constitué le prolongement aux Amériques et dans les pays arabes, ont également entraîné, en particulier en Amérique du Nord et en Europe, un essor économique resté continu, par ce transfert massif et gratuit de main-d'oeuvre ainsi que de technologies africaines. L'Afrique, ainsi intégrée de force dans la mondialisation naissante, a ainsi commencé à apporter une contribution considérable mais sous-valorisée à la prospérité, à la stabilité et au bien-être d'autres nations plutôt qu'à oeuvrer à sa propre prospérité, à sa propre stabilité et au bien-être de ses propres populations.

Quant à la Colonisation, elle va accentuer et amplifier ce processus, en permettant aux nations occidentales de s'approprier gratuitement, massivement et durablement les richesses du sol et du sous-sol africains. Elle a également permis de s'assurer une mainmise totale sur l'ensemble du continent en le dépeçant sans aucun égard pour

les peuples constitués en communauté, en sacrifiant des millions de vies africaines par des massacres à large échelle et en entreprenant une vaste "mission civilisatrice" visant à dévaloriser et annihiler l'individu par sa déstructuration et son aliénation mentales.

Aujourd'hui, l'histoire de l'Afrique, qu'il reste à réécrire, continue à être dominée par ces tourments et cette adversité. Aux saignées des ressources humaines et des matières premières ainsi qu'aux différents génocides qui les ont accompagnées, est venue s'ajouter l'hémorragie des ressources financières, par le système indirectement génocidaire du service de la dette. En même temps, le droit à la vie et à la liberté des Noirs continue à être violé régulièrement avec une désinvolture totale, non seulement sous les multiformes dictatures africaines, mais aussi dans les pays occidentaux. Car, partout où ils vivent, les Africains et descendants africains continuent à voir violer systématiquement leurs droits humains économiques, politiques culturels et sociaux.

Contrairement à la plupart des pays occidentaux, la Suisse présente la particularité de n'avoir pas participé en tant que nation ou Etat au double Holocauste noir. Elle a néanmoins bénéficié de toutes les retombées économiques et financières entraînées dans le monde par le commerce et l'esclavage des Noirs ainsi que par la colonisation de l'Afrique. En outre, par sa place financière attractive pour les entreprises négrières ou coloniales hier ou pour les multiples détournements de fonds africains aujourd'hui, par sa participation active aux institutions de Bretton Woods (Banque mondiale et FMI) dont les politiques d'ajustement structurel et de réendettement s'avèrent génocidaires pour les peuples africains depuis plusieurs décennies, ou par son soutien sans relâche au régime raciste de l'apartheid sud-africain, la Suisse a été partie prenante, depuis la traite négrière et la colonisation de l'Afrique aux processus de paupérisation, d'oppression et d'annihilation de la femme et de l'homme noirs.

Par ailleurs, en Suisse comme en Occident en général ou dans les pays arabo-musulmans, les personnes d'origine négro-africaine sont toutes confrontées par leur visibilité au racisme anti-noir ainsi qu'à la discrimination et à l'intolérance qui y est associée. Ce racisme profondément enraciné dans l'idéologie négrière et coloniale de la suprématie blanche, avec sa hiérarchie des «ra-

ces»,

son infériorisation et sa démonisation du Noir, peut prendre des formes contemporaines très pernicieuses, voire génocidaires. Dans l'Allemagne nazie et l'Italie fasciste notamment, des milliers d'Africains et de descendants africains ont péri dans les mêmes chambres à gaz que les Juifs ou les Roms, en raison de cette funeste idéologie. En Suisse, aujourd'hui, malgré une loi réprimant le racisme et votée à une forte majorité en 1994, un racisme anti-Noir à la fois institutionnel, systémique, structurel et culturel, se manifeste dans tous les aspects de la vie sociale, économique, culturelle et politique : le logement, le travail, l'école, les médias, la justice, la santé, le statut social, l'immigration, etc.

EN FOI DE QUOI,

Déclaration

NOUS, MEMBRES DES COMMUNAUTÉS NOIRES DE SUISSE, réunis à Berne ce 23 juin 2001 avec des personnes d'origine non négro-africaine intéressées par la question du racisme anti-Noir, au sein des Assises organisées à l'initiative du Groupe de Réflexion et d'Action contre le Racisme anti-Noir (GRAN) en partenariat avec le Forum suisse contre Racisme et la Commission fédérale contre le Racisme;

RESPECTUEUX de la mémoire de nos ancêtres, laquelle ne doit jamais être oubliée, et du double sacrifice qu'ils ont payé sur l'autel de l'exploitation économique et du racisme de l'Occident;

UNIS par notre histoire commune et notre expérience du racisme anti-Noir, dont les racines plongent dans le double Holocauste de l'Esclavage et de la Colonisation que nous avons vécu;

DÉSIREUX de partager nos expériences communes du racisme, de nous impliquer pleinement dans la lutte contre le racisme autour d'une base commune de revendications, et de mobiliser nos énergies et nos compétences pour des actions futures;

AYANT EN VUE la Conférence mondiale sur le Racisme, la discrimination raciale, la xénophobie et l'intolérance qui y est associée, qui aura lieu à Durban, en Afrique du Sud, du 28 août au 7 septembre 2001, et à laquelle nous aimerions apporter notre contribution;

DÉTERMINÉS à mettre tout en oeuvre pour protéger et renforcer les capacités des communautés noires à faire face aux agressions racistes;

EN UNION avec tous les peuples de la terre et notamment tous ceux qui ont subi et/ou subissent encore aujourd'hui l'esclavage, la colonisation, le génocide, l'exploitation, ainsi que toute autre violation de leurs droits humains;

AFFIRMONS que le racisme anti-Noir, par ses fondements idéologiques et historiques, est une forme de racisme qui a sa propre spécificité, à l'instar de l'antisémitisme ou du racisme anti-Rom, et qui est différent de toutes les autres formes de racisme de discrimination et d'intolérance. Cette spécificité doit être reconnue et prise en compte dans les différents textes législatifs, les discours politiques et les actions menées sur les plans international et national;

AFFIRMONS que la reconnaissance et la condamnation au niveau international et sans réserve du double Holocauste noir, à savoir la traite et l'esclavage des Noirs ainsi que la colonisation de l'Afrique, sont une nécessité pour l'Humanité entière, afin de sortir cette double tragédie unique de l'oubli et de lui assurer le devoir universel de Mémoire à la mesure de son ampleur et de son importance;

RÉAFFIRMONS également que la Traite négrière et l'Esclavage qui en a constitué le prolongement, ainsi que la colonisation de l'Afrique, par leur caractère de violations répétées et systématiques des droits de l'Homme et des Peuples africains, constituent des CRIMES CONTRE L'HUMANITÉ, au sens de l'article 2 de la Convention pour la prévention et la répression du crime de génocide des Nations Unies du 9 décembre 1948, et de l'article 1 de la Convention sur l'imprescriptibilité des crimes de guerre et des crimes contre l'Humanité telle qu'adoptée par les Nations Unies le 29 novembre 1968. Les vestiges autant que les nouvelles formes de l'esclavage des Noirs, notamment en Mauritanie et au Soudan, constituent également des crimes contre l'Humanité qu'il convient de condamner et de poursuivre;

APPELONS toutes les nations étrangères (américaines, arabes et européennes) qui ont perpétré ce crime contre l'Humanité à un DEVOIR DE RÉPARATION, assorti d'une demande de pardon envers l'Afrique noire, ses peuples et leurs descendants, pour tous les torts subis aux plans culturel, démographique, économique, politique, social autant que moral; les représentants de ces peuples se réservent le droit de déterminer les formes et la manière de ces réparations. Ce devoir de réparation et cette demande de pardon s'étendent également aux victimes d'origine africaine des régimes allemand nazi et italien fasciste pour les exactions et le génocide commis durant la seconde guerre mondiale;

INVITONS la Suisse, par sa position de nation non négrière et non coloniale, à user de son crédit pour proposer ses bons offices auprès des anciennes nations négrières et/ou coloniales afin de les encourager à adopter une Déclaration de reconnaissance du double Holocauste noir ainsi que pour un devoir de pardon et de réparation envers les Africains et descendants africains. Elle pourrait éga-

lement user de son influence pour amener les gouvernements de l'Allemagne et d'Italie à adopter une Déclaration similaire et à reconnaître un devoir de pardon et de réparation en faveur des victimes d'origine africaine des régimes nazi et fasciste, ainsi que pour persuader les gouvernements de Mauritanie et du Soudan notamment à reconnaître le problème des vestiges de la traite et de l'esclavage des Noirs sur leur territoire et à l'éradiquer complètement;

APPELONS la Suisse elle-même à une reconnaissance des deux Holocaustes noirs comme des crimes contre l'Humanité d'une gravité identique au crime qu'elle reconnaît à la Shoah, et dans tous leurs aspects juridiques, historiques, culturels, politiques et sociaux. Un intérêt spécial devrait être apporté à la révision et à la réactualisation des programmes d'enseignement et de recherches, des manuels scolaires et de certaines terminologies en ce qui concerne l'histoire du double Holocauste noir avec ses multiples effets;

ENCOURAGEONS fermement la Suisse à améliorer son arsenal législatif, juridique et administratif en vue d'un dispositif plus efficace et plus cohérent contre le racisme en général et contre le racisme anti-Noir en particulier, dans le respect des conventions internationales (ex. sur «l'élimination de toutes formes de discrimination raciale») auxquelles elle a souscrit et des recommandations d'organisations internationales (ex. Conseil de l'Europe) dont elle est membre. La Suisse devrait ainsi mettre fin à la politique raciste des «trois cercles» ou de ses succédanés et plutôt adopter et mettre en oeuvre des mesures positives et effectives autant que des recommandations largement diffusées pour mettre fin à la stigmatisation, à l'exclusion et à la criminalisation systématique des Noirs et éradiquer le racisme anti-Noir dans le domaine du logement, du travail, de l'école, de la justice, de la santé, de l'immigration, des médias, etc.;

DEMANDONS avec insistance aux autorités du pays, aux institutions et aux acteurs-clés de la société civile suisse, en particulier les médias, de sensibiliser beaucoup mieux et davantage la population dans le sens d'une image positive des Noirs, de leur histoire et de leurs réalités, afin de faire changer les attitudes et perceptions, et de promouvoir des attitudes de tolérance et la compréhension mutuelle. Un effort particulier devrait être entrepris pour mettre fin au double standard appliqué dans les médias quant au traitement des images d'Africains, d'une part, et celles, d'autre part, des

Européens ou d'autres populations. Les jeunes et les femmes devraient également bénéficier d'une attention spéciale;

DEMANDONS à la Suisse de déployer tous les efforts en vue de contribuer à la reconstruction de la Mémoire noire, notamment par des mesures de retour du patrimoine artistique et religieux africain dans les pays où ils ont été volés ou pillés, avec des mesures conséquentes de compensation. Les fonds des pouvoirs kleptocrates africains qui contribuent à la paupérisation et à l'stockés dans les banques suisses, devraient également être restitués sans délais ni autres conditions aux pouvoirs élus démocratiquement dans les pays où ils ont été subtilisés;

ENCOURAGEONS vivement les Noirs de Suisse à des actions de SELF-REPARATION. Des lieux de Mémoire et de ressourcement devraient être créés, notamment pour les jeunes générations dont le manque de repères africains et de références stimulantes pour leur personnalité reste crucial. Ces actions et initiatives devraient notamment tendre à se défaire de toute mentalité et de toute identité d'esclaves ou colonial. Dans ce sens, grâce au riche patrimoine culturel africain à leur disposition, les Africains et descendants africains devraient se réenraciner dans une dignité identitaire par la réappropriation des valeurs et pratiques culturelles et spirituelles de nos ancêtres, l'utilisation de noms d'origine africaine, la promotion de leurs propres langues dans l'enseignement et l'administration, étape première et incontournable d'une véritable libération et d'une renaissance africaines;

APPELONS enfin de nos voeux à des synergies en Suisse, en vue de mettre en place des actions tendant à renforcer les capacités et les compétences au sein des communautés noires du pays, avec tous les acteurs impliqués dans la lutte contre le racisme, et telles qu'elles figureront dans le Programme d'action que le GRAN, organisateur des Assises, élaborera à la suite de celles-ci. Un observatoire chargé de recenser et d'informer sur les actes de racisme anti-noir, ainsi que des lieux de médiation pour les conflits découlant du racisme anti-noir devraient notamment être créés et développés afin de répondre à ces voeux exprimés dans l'enquête organisée auprès d'une centaine de membres des Communautés noires de Suisse par le GRAN, en vue de ces Assises.

Fait à Berne, le 23 juin 2001

Un groupe de travail du „Forum contre le racisme s’est réuni samedi à Berne afin d’élaborer les statuts de la future organisation faïtière des communautés noires de Suisse. Elle verra officiellement le jour le 3 novembre prochain

Les Noirs de Suisse s’associent pour mieux se défendre

Les Noirs établis en Suisse ont, pour la plupart, subi des actes racistes et se révèlent très méfiants vis-à-vis des structures censées prendre leur défense dirigées par des Blancs. Voilà ce qui ressort nettement de la première enquête du genre réalisée en mai et juin auprès d’une centaine de personnes d’origines africaines. Résultats des courses: le Groupe de réflexion et d’action contre le racisme anti-Noir (GRAN) a jugé samedi, lors de son assemblée générale qui s’est tenue à Berne, indispensable de fonder une organisation faïtière représentant toutes les communautés noires de Suisse. «L’organe indépendant agira comme un observatoire de tous les actes racistes visant les Noirs et comme une structure faïtière ayant pour rôle d’impulser, d’encadrer et de coordonner les activités de groupes de terrain selon une thématique donnée ou par région», explique Kanyana Mutombo, rédacteur en chef de la revue *Regards africains* et membre du GRAN. L’organisation faïtière verra officiellement le jour le 3 novembre prochain.

Le GRAN a été créé en avril 2000 au sein du Forum suisse contre le racisme (FCR) dans le cadre de la préparation de la conférence mondiale de l’ONU sur le racisme qui se tiendra du 28 août au 7 septembre à Durban (Afrique du Sud). Le 23 juin dernier, il a convoqué les premières assises des communautés noires à Berne auxquelles ont participé 120 personnes. La réunion s’est soldée par l’adoption d’une «Déclaration de Berne sur le Racisme anti-Noir», qui ne se contente pas de demander aux autorités suisses d’améliorer leur arsenal législatif, juridique et administratif pour la lutte contre le racisme, mais revendique également de la part des médias, une meilleure représentation de la «réalité africaine». Le texte, qui tient sur quatre pages A4, ne manque par ailleurs pas de rappeler qu’un gros travail devrait être effectué dans les écoles pour parler des méfaits de la colonisation et de la traite négrière. Les participants aux assises organisées en partenariat avec la Commission fédérale contre le racisme (CFR) ont ainsi appelé la Suisse à jouer les bons offices entre anciens pays colonisateurs et colonisés «afin de les encourager à adopter une Déclaration de reconnaissance du double Holocauste noir (traite négrière et colonisation)». Un souhait qui s’est envolé, déplore Kanyana Mutombo. «La Suisse reste totalement rangée derrière les autres nations occidentales par solidarité raciale (et donc raciste): le président de la Confédération n’envisage même plus de se rendre à Durban, pour faire comme George W. Bush qui va soit boycotter la conférence soit envoyer une sous-délégation pour protester contre la mise à l’agenda de la question des répa-

rations.» Et de préciser que le GRAN a décidé hier d’envoyer une lettre de protestation à Moritz Leuenberger. Selon *Dimanche.ch*, le Conseil fédéral resterait discret par crainte de s’attirer les foudres de l’UDC dans sa campagne anti-ONU. Adopter un profil trop haut dans une conférence pour ainsi dire vouée à l’échec, permettrait à l’UDC de souligner l’inutilité des réunions internationales...

Le GRAN revendique clairement le droit à des réparations pour l’esclavage et le colonialisme auprès des pays concernés. Et estime qu’un fonds de compensations semblable à celui créé l’an dernier en Allemagne pour les victimes du travail forcé sous le nazisme, doit être instauré. Une nouvelle conférence internationale réunissant historiens et juristes devrait se pencher tout particulièrement sur cette question des dommages après celle de Durban. Et, toujours selon le GRAN, la Suisse devrait là aussi, «par sa position de nation non négrière et non coloniale», y endosser le rôle de médiateur. Une manière pour le pays de se «racheter» vis-à-vis de sa politique trop complaisante à l’égard du système de l’apartheid.

Valérie de Graffenried
Le Temps, 13.8.2001

Wenn Extreme Alltag werden

In der Schweiz ist immer öfter von Rechtsextremismus die Rede. Dieser wird abgegrenzt von etablierten, im Konkordanzsystem integrierten Parteien und Organisationen. Die Studie *Wenn Extreme Alltag werden* der Gesellschaft für bedrohte Völker stellt diese Trennlinie in Frage und beleuchtet jene Stellen, an denen der extremistische und der etablierte politische Diskurs sich treffen. Analysiert werden alle Artikel zur Asyl- und Ausländerpolitik der wichtigsten Publikationen der nationalen Rechten zwischen 1989 und 2001. Dazu gehören für das nationalkonservative Lager die *Schweizerzeit*, der *Graue Brief* (Auns-Bulletin), *Pro* und die *Albisgüetli*-Reden von *Christoph Blocher*, für die äussere Rechte der Schweizer Demokrat und Tacho (Freiheitspartei). Diese Pressezeugnisse können als repräsentativ betrachtet werden für die jeweiligen Argumentationslinien ihrer politischen Lager.

In der Analyse werden – gestützt auf Arbeiten der Forschungsteams um die Professoren *Altermatt* und *Kriesi* sowie den Text der Antirassismus-

Strafnorm und die Erklärung der Pflichten und Rechte von Journalistinnen und Journalisten des Presserates – alle Artikel bestimmten Kategorien rechtsextremistischen, rechtsradikalen und rechts-populistischen Gedankengutes zugeordnet. Wichtigste der insgesamt 29 Kategorien sind Ausländerfeindlichkeit, Systemkritik, Xenophobie und Rassismus. Zu 23 Kategorien wurden Äusserungen zugeordnet, zu 14 Kategorien sogar aus allen Publikationen. Nur zu sechs Kategorien wurden keine entsprechenden Äusserungen gefunden. Dazu gehört z.B. die Leugnung des Holocaust. Dies soll aber nicht zum voreiligen Schluss verleiten, in den Publikationen würde kein antisemitisches Gedankengut verbreitet. Da die vorliegende Analyse sich auf die Debatte um Asyl- und Ausländerpolitik beschränkt, können entsprechende Äusserungen nicht berücksichtigt werden. Die Ergebnisse geben daher keine Auskunft über das tatsächliche Ausmass antisemitischen Gedankengutes.

Insgesamt wurden 990 Artikel zur Asyl- und Ausländerpolitik erfasst. In allen 990 wurden Äusserungen gefunden, welche mindestens einer Kategorie zugeordnet werden konnten. 604 Artikel entstammen dem Schweizer Demokraten, 204 der Schweizerzeit, 98 dem Tacho, 58 dem Grauen Brief, 16 dem Pro sowie zehn Albisgüetli-Reden.

Wichtigstes Ergebnis der Studie ist der empirische Beweis, dass rechtsextreme, rechtsradikale und rechtspopulistische Elemente in der ganzen nationalen Rechten – von nationalkonservativen Teilen der SVP bis zu den Schweizer Demokraten – eine prägende Rolle spielen.

Drei Kategorien von Äusserungen sind bestimmend: Ausländerfeindlichkeit (378 erfasste Äusserungen), Systemkritik (297) und xenophobe Äusserungen (264).

Dabei zeigt sich eine zeitliche Dynamik:

- Zu Beginn der 90er Jahre sind Spitzenwerte entsprechender Äusserungen zu verzeichnen, welche auf das Konto der äusseren Rechten gehen.
- Nach diesem Höhepunkt ist bis Mitte der 90er Jahre ein starker Rückgang von Äusserungen zu verzeichnen, welcher ebenfalls durch die äussere Rechte verursacht ist.
- Seit 1995, spätestens aber ab 1998 ist eine starke Zunahme von relevanten Äusserungen zu beobachten, welche grösstenteils auf das Konto der Nationalkonservativen geht. Ein vorläufiger quantitativer Höhepunkt für das nationalkonservative Lager stellt dabei das Jahr 2000 dar. Demgegenüber ist bei der äusseren Rechten trotz zeitweiligem Anstieg der Nennungen kein eindeutiger Trend zu verzeichnen.
- Über die vergangenen zehn Jahre muss eine Verschiebung der Bedeutung der Akteure für den asyl- und ausländerpolitischen Diskurs festgehalten werden. Während die quantitative Spitze An-

fang der 90er Jahre durch die äussere Rechte geprägt war, ist jene am Ende des Jahrzehnts durch das nationalkonservative Lager bestimmt. Die Nationalkonservativen haben sich seit Mitte der 90er Jahre die ehemals als extremistisch diskreditierten Argumente der äusseren Rechten in der Asyl- und Ausländerpolitik angeeignet. Heute prägen sie diesen Diskurs.

- Das nationalkonservative Lager hat die Gruppierungen der äusseren Rechten nicht nur politisch verdrängt, was durch zahlreiche Wahlergebnisse der letzten Jahre belegt ist. Die äussere Rechte wurde von etablierten nationalkonservativen Kreisen mit ihren eigenen Waffen auch argumentativ verdrängt.
- Mit dieser Verdrängung einher geht aber auch eine Popularisierung von extremistischem Gedankengutes. Rechtsextremismus wird durch etablierte Gruppierungen und Personen salonfähig gemacht.

Wenn Extreme Alltag werden, Analyse der asyl- und ausländerpolitischen Argumentationen der nationalen Rechten, Juni 2001, AutorInnen: Natalie Känel und Hanspeter Bigler, hrsg. Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz, 98 Seiten, Fr. 20.- zzgl. Versandkosten.

Bestelladresse: Gesellschaft für bedrohte Völker, Waisenhausplatz 21, CH-3011 Bern, Tel: +41 31 311 90 08, Fax: +41 31 66 62, E-Mail: info@gfbv.ch

Veranstaltung

Afro Brasilien – Geschichte Realität, Organisation

**Referat von *Mestre Guilherme*:
Fabriktheater, Rote Fabrik, Zürich
Samstag, 8. Sept. 2001, 16.30-18.00**

Als Experte für Rassismusfragen der „Subkommission zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte“, der UNO, reist *Mestre Guilherme* zu deren Arbeitssessionen in Genf. Er nimmt an der „Weltkonferenz zu Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenhass und die damit verbundene Intoleranz“ vom 31. Juli bis 7. August 2001 nach Durban, Südafrika, reisen. In der Schweiz finden neben einer Veranstaltung informelle und formelle Kontakte mit interessierten Organisationen statt (Unternehmen, Gewerkschaften, Brasilien-Initiativen, Hilfswerke, MigrantInnen-Organisationen).

Organisation und weitere Informationen:

FoBS - Forum Brasilien-Schweiz – Fórum Brasil-Suíça, Postfach, 8031 Zürich, 01 632 71 40 (Bürozeiten) oder 01 432 53 89; momoconsult@datacomm.ch, www.fobs.ch

